

## Antrag

der Abgeordneten **Ing. Huber, Waldhäusl, Königsberger, Tauchner, Sulzberger und Hafenecker**

betreffend: **Sozialstaat statt Einwanderung**

Österreichs Sozialstaat ist in eine schwere Krise geführt worden. Schon jetzt verbirgt sich hinter jeder Pensionsreform eine Kürzung der Pensionen. Alle seriösen Berechnungen belegen, dass sich das Defizit der Pensionskassen in den nächsten Jahren dramatisch vergrößern wird. Die Krankenkassen retten sich nur mehr durch die Streichung von Leistungen und die Ausweitung von Selbstbehalten. Während Einwanderer in den Genuss von Sozialleistungen kommen, werden unsere Senioren als Bittsteller behandelt. Die Arbeitslosigkeit hat Rekordwerte erreicht, eine Trendwende ist nach Einschätzung renommierter Wirtschaftsforscher auch in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Für junge Familien wird es immer schwieriger, sich für Kinder zu entscheiden. Mittlerweile haben die viel zu geringen Geburtenzahlen das Verhältnis zwischen Jung und Alt, zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern drastisch verändert und damit das Fundament des Sozialstaats ins Wanken gebracht.

Gleichzeitig ist Österreich mit einer unkontrollierten Masseneinwanderung aus allen Kontinenten konfrontiert. Instrumente dieser Einwanderung sind vor allem das derzeitige österreichische Asylrecht, Familiennachzug und eine inflationäre Einbürgerungspraxis.

Ohne politische Gegensteuerung wird sich die Situation weiter verschärfen. Eine Studie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften hat ergeben, dass der muslimische Bevölkerungsanteil am raschesten wächst. Muslime werden zur Jahrhundertmitte ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachen, bei den unter 14-jährigen werden sie dann in der Mehrheit sein. In Wien werden die jugendlichen Österreicher schon 2015 in die Minderheit geraten. Nur Träumer können glauben, dass angesichts dieser Entwicklung eine Integration gelingt, die bis jetzt nicht gelungen ist.

Gleichzeitig steigt die Zahl der Arbeitslosen. Im Oktober 2012 waren inklusive Schulungen 322.748 Menschen österreichweit ohne Arbeit; Tendenz steigend. In

Niederösterreich waren 38.967 Menschen ohne Arbeit (+7,6 %) und weitere 10.771 Menschen in Schulungen. Es sind also die Österreicher, die die Zeche für diesen Irrweg bezahlen müssen. Das beginnt beim Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt und endet beim Untergang unseres Sozialsystems.

Die immer wieder aufgestellte Behauptung, dass Zuwanderung unsere sinkende Geburtenrate ersetzt und dadurch unser Sozialsystem sichert, hat sich längst als unrichtig erwiesen. Durch europäische Studien ist hieb- und stichfest belegt, dass Zuwanderung die Sozialsysteme nicht stützt, sondern gefährdet. So etwa Professor Herwig Birg, Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik: *„Bilanziert man die fiskalischen Auswirkungen der Zuwanderung, ist eine deutliche Umverteilung von den Einheimischen zu Gunsten der Zugewanderten festzustellen.“* ... *„Bei einer Aufenthaltsdauer von 0 bis 10 Jahren pro Zuwanderer beträgt der Überschuss der empfangenen über die geleisteten Zahlungen pro Jahr € 2.368,-, bei einer Aufenthaltsdauer von 10 bis 25 Jahren € 1.331,-. ... Als Ergebnis ist festzustellen: Von Zuwanderung profitiert in erster Linie der Migrant, nicht der Staat.“*

Dieser Befund ist wenig überraschend: Es ist das Ziel des Sozialstaats, das soziale Gefälle auszugleichen, um Härten zu vermeiden. Wer mit geringer Qualifikation in den Sozialstaat zuwandert, ist damit logischer Nutznießer des Systems. Das deckt sich auch mit unserer Erfahrung. In Österreich leben mittlerweile acht Millionen Menschen; 1,3 Millionen sind nicht in unserem Land geboren. Könnte Einwanderung den Sozialstaat retten, müssten unsere Sozialkassen zum Bersten voll sein. Das Gegenteil ist wahr. Es stellt sich heraus, dass wir uns Einwanderung nicht länger leisten können, wenn wir unseren Sozialstaat bewahren wollen. Sozialstaat oder Einwanderung, das ist die Entscheidung, die getroffen werden muss.

Bereits jetzt können wir uns weder finanziell noch kulturell die Integration der großen Zahl von Ausländern leisten. Masseneinwanderung ist kein unabwendbarer Prozess, den man hinzunehmen hat, ganz im Gegenteil. Es war eine im österreichischen Parlament getroffene politische Entscheidung, als im Aufenthaltsgesetz 1992 ein großzügiges Recht auf Familiennachzug gewährt wurde. Damit waren aus Gastarbeitern Einwanderer geworden. Die Fremdenrechtspakete der letzten Jahre haben den Ansturm an Einwanderern, wie die Statistik belegt (Einbürgerungen im Jahr 2011 in Niederösterreich: +37 %!), nicht gebremst, sondern noch gefördert. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern haben es die Verantwortlichen unterlassen, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Einwanderung

einzudämmen. Vielmehr wurden Anreize geschaffen, die weit über das von der EU geforderte Maß hinausgehen. Jetzt ist es höchst an der Zeit, dass die Gesetze und Verordnungen, die Zuwanderung begünstigen, zurückgenommen werden. Österreich muss endlich nach dem Vorbild etwa Dänemarks, der Niederlande oder neuerdings auch Frankreichs die Einwanderung stoppen, um den Sozialstaat zu retten.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und zu fordern, dass endlich eine zukunftsorientierte innerösterreichische Strategie zur Sicherung des Sozialstaates erarbeitet wird und die Gesetze und Verordnungen, die Zuwanderung begünstigen, zurückgenommen werden.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zuzuweisen, dass eine Behandlung am 6. Dezember 2012 möglich ist.